

Geschäftsführung für Hauser Kaibling
Seilbahnen und Lifte gesucht Seite 37Die Kelag lädt zur 71. ordentlichen
Hauptversammlung am 25. April Seite 37Bilanz der Bank Austria Real Invest
Immobilien-Kapitalanlage GmbH Seite 39

Handy-Grundgebühren steigen

Mobilfunker koppeln das Grundentgelt an die Inflation – Rechtsstreit mit Konsumentenschützern.

Von Sophia Freynschlag

Wien. Mit 1. April steigen nicht nur die Mieten: Auch T-Mobile erhöht die Grundgebühr um zwei Prozent, was der durchschnittlichen Inflationsrate von 2013 entspricht. Ab Mai müssen einige Drei-Kunden ebenfalls mit einem höheren Grundentgelt rechnen. Der Grund: Um sinkende Umsätze bei gleichzeitiger Explosion des übertragenen Datenvolumens und Investitionen in die Netz-Infrastruktur – zumindest teilweise – abzufedern, haben die drei in Österreich vertretenen Mobilfunker A1, T-Mobile und Drei die Wertsicherung eingeführt. Das Prinzip gleicht jenem bei Mieten, Versicherungsprämien oder Gerichtsgebühren: Steigt der Jahres-Verbraucherpreisindex (VPI), können Mobilfunker die Entgelte im Folgejahr zwischen 1. April und 31. Dezember in diesem Ausmaß erhöhen. Sinkt die von der Statistik Austria berechnete Inflationsrate, müssen die Entgelte mit 1. April entsprechend gesenkt werden.

A1 wartet OGH-Entscheid ab

Marktführer A1 weitet die Indexsicherung für Grundentgelt und die jährliche SIM-Pauschale ab 19. Mai 2014 auf alle A1-Mobil- und Festnetz-Kunden aus. Bei A1 werden Schwankungen von bis zu zwei Prozent nicht berücksichtigt – wird diese Grenze in den Folgejahren insgesamt über- oder unterschritten, werden die Entgelte allerdings in voller Höhe angepasst. A1 hat die Wertsicherung für Neukunden und bei Vertragsverlängerungen – wie T-Mobile – bereits 2012 eingeführt. „Auch wenn wir eine Indexierung von Entgelten als zulässig erachten. Exekutiert haben wir die Indexsicherung bisher noch nicht“, sagt

A1-Sprecherin Livia Dandrea-Böhm. Grund dafür sei ein Rechtsstreit mit dem Verein für Konsumenteninformation (VKI), der nun vor dem Obersten Gerichtshof (OGH) gelandet ist.

Der VKI brachte Klagen gegen alle drei Mobilfunker ein. Das Oberlandesgericht Wien als zweite Instanz gab einmal dem VKI recht und zweimal den Telekomunternehmen. Nach Ansicht der Richter sind Indexanpassungen „unbedenklich“, weil sie „nur die bisherige Vertragsäquivalenz in vordeterminierter Weise aufrecht erhalten und daher keine Änderung der Entgeltbestimmungen

im Sinne des § 25 Abs 3 TKG (Telekommunikationsgesetz, Anm.) bewirken“, heißt es im Urteil zur Klage des VKI gegen T-Mobile.

Streit um Kündigungsrecht

Aus Sicht der Konsumentenschützer müssten Mobilfunker den betroffenen Kunden ein außerordentliches Kündigungsrecht einräumen, wenn sie Grundgebühren an die Inflation koppeln. VKI-Juristin Maria Ecker verweist auf den Paragraphen 25 des TKG, wonach Kunden berechtigt sind, den Vertrag kostenlos zu kündigen, wenn Telekomfirmen nicht ausschließlich begünstigende Ände-

rungen einführen. „Das ist aber in den Allgemeinen Geschäftsbedingungen der Mobilfunkanbieter nicht vorgesehen“, sagt Ecker.

Drei argumentiert, dass Entgeltanpassungen aufgrund eines bereits vereinbarten Index wie

Recht & Verbraucher

dem Verbraucherpreisindex vom Schutzzweck des TKG nicht erfasst sind – eine Indexklausel begründe daher kein Sonderkündi-

gungsrecht. Einerseits seien die künftigen Anpassungen vertraglich ausreichend festgelegt, andererseits liege der Eintritt der Voraussetzungen für die Anpassung des Entgeltes (nämlich das Überschreiten des Schwankungszeitraumes) wie bei einer gesetzlich oder behördlich vorgegebene Änderung nicht im Machtbereich von Drei. „Da die Wertsicherungsklausel lediglich für Neukunden eingeführt wurde, wurde durch die Aufnahme in die AGB nicht in bestehende Verträge eingegriffen“, so Drei-Sprecher Tom Tesch.

Da nach allen drei OLG-Urteilen Revision eingelegt wurde, ist nun der OGH am Zug.

Trotz des laufenden Rechtsstreits erhöht T-Mobile – wie schon im Vorjahr – die Grundgebühr für betroffene Kunden, wie T-Mobile-Sprecher Helmut Spudich ankündigt. Beim zweitgrößten Mobilfunker wirken sich bereits Inflationsraten von mehr als ein Prozent im Folgejahr aus, Drei zieht die Grenze bei drei Prozent. Kunden werden auf der Rechnung (online oder per Post) über die Indexanpassung informiert.

Der Anbieter Orange, der im Vorjahr von Drei übernommen wurde, hat die Wertsicherung bereits 2011 eingeführt. Im Jahr darauf stieg die Grundgebühr für Orange-Kunden um 3,3 Prozent. Da 2012 die Inflation mit 2,4 Prozent die Schwelle nicht überschritt, gab es im Vorjahr keine Änderung – allerdings wird heuer die Grundgebühr um voraussichtlich 4,4 Prozent erhöht. Betroffen sind ehemalige Orange-Privatkunden, die ab 11. Juli 2011 Neuverträge abgeschlossen haben, Drei-Kunden, die ab 19. August 2013 Neuverträge unterschrieben haben, sowie Kunden, die die AGB mit Indexklausel auf anderem Weg akzeptiert haben. ■



Mehr zahlen müssen bald viele Mobilfunkkunden: Eine Vertragsklausel sieht vor, dass die Grundgebühr im Ausmaß der Inflationsrate des Vorjahres erhöht werden kann. Foto: fotolia/Michael Rogner

Die tägliche Dosis Plastik

Auf der Homepage Codecheck.info können Konsumenten einsehen, welche Kosmetikprodukte Plastik enthalten.

Von Bettina Figl

Wien. Honigbrote und ein Glas Milch zum Frühstück, danach Zähneputzen und Gesichtereinigung – mitunter hat man dadurch viermal Plastik zu sich genommen. Hunderte Duschgels und Peelings bekannter Hersteller enthalten „Mikroperlen“ oder „Mikro-Kügelchen“, in einigen Zahnpasten beträgt der Plastikanteil mehr als zehn Prozent. Auf der Homepage www.codecheck.info können Konsumenten einsehen, welche Kosmetikprodukte betroffen sind. Nach der Verwendung landet das Mikroplastik direkt in der Kanalisation und später in natürlichen Gewässern, da Kläranlagen die Mikropartikel aufgrund

der geringen Größe nicht vollständig filtern können. Durch Wind in die Luft geblasen gelangen die Plastikteilchen auf Wiesen und Blumen, bei der Pollenbestäubung nehmen Bienen die Partikel auf, und Plastik gelangt in den Honig: In 19 Honigsorten hat das Konsumentenmagazin „Plusminus“ Spuren von Plastik nachgewiesen. Auch Kühe fressen die Teilchen beim Weiden mit, und Mikroplastik landet in der Milch.

Einige Firmen haben bereits reagiert: Unilever will die Produktion bis 2015 umstellen, und die europaweite Kampagne „Beat the Micro-Bread“ ruft Hersteller von Kosmetikartikeln dazu auf, auf die Verwendung von Mikroplastik zu verzichten.

Doch nicht nur Mikroplastik ist allgegenwärtig: Die Donau schwemmt täglich 4,2 Tonnen Plastikmüll in das Schwarze Meer (laut Studienautoren handelt es sich um eine konservative Schätzung), mittlerweile schwimmen in der Donau mehr Plastikteile als Fische. Zu diesem Ergebnis kam eine Anfang März veröffentlichte Studie der Uni Wien, bisher die weltweit einzige Untersuchung zu Plastikanteil in Flüssen.

4,2 Tonnen Plastik in Donau

Dabei wurden nur Plastikteile untersucht, die der Größe von Fischlarven entsprechen. Ganze Plastikflaschen, Plastiksackerl, andere größere Plastikteile sowie Mikroplastik kommen in der Studie

nicht einmal vor. „Das wahre Ausmaß ist also noch um einiges dramatischer. Jahrelang wurde uns erzählt, dass die Plastikinseln in den Weltmeeren nichts mit uns zu tun haben. Jetzt hat das eine Studie erstmals nachgewiesen“, so die Grüne Umweltsprecherin Christiane Brunner, die Umweltminister Andrä Rupprechter in einer Aussendung dazu aufforderte, die „ökologische Katastrophe restlos aufzuklären“.

Bei fast 80 Prozent des gefundenen Plastikmülls handelt es sich um industrielles Rohmaterial. Nun soll die Frage geklärt werden, woher dieses stammt. Die Grünen haben dazu Mitte März eine parlamentarische Anfrage gestellt. Der Minister hat nun bis

Mai Zeit, diese zu beantworten. Die Grünen fordern zudem weitere Untersuchungen, ob andere Flüsse in einem ähnlichen Ausmaß durch Plastikteile kontaminiert sind wie die Donau und welche Auswirkungen die Verschmutzung in der Donau und im Schwarzen Meer auf die Tier- und Pflanzenwelt hat. Bekannt ist, dass kleine Plastikteile von Fischen und Vögeln mit Nahrung verwechselt werden und viele von ihnen an den Folgen der falschen Nahrung sterben. Ob tonnenweise in der Donau oder als Mikroartikel in den Abwässern: Letztendlich landen die im Plastik enthaltenen krebserregenden Chemikalien wie Weichmacher auf unseren Tellern. ■